

- (2003): *Wissenspolitik und Wissensarbeit als Gesellschaftsreform. Ausgewählte Beiträge zur Arbeitsforschung 1972-2002*, Münster.
- Peter, Gerd; Wolf, Frieder O., u.a. (2008): *Welt ist Arbeit. Im Kampf um die neue Ordnung*, Münster.
- Peter, Gerd (Hrsg.) (2007): *Grenzkonflikte der Arbeit*, Hamburg.
- Peters, Klaus; Sauer, Dieter (2006): Epochenbruch und Herrschaft – Indirekte Steuerung und Dialektik des Übergangs, in: Scholz u.a. (2006), 98-125.
- Pickshaus, Klaus (2007): Gute Arbeit - Vom Projekt zum gewerkschaftlichen Arbeitsfeld? Versuch einer Zwischenbilanz, in: Peter (Hrsg.) (2007).
- Polanyi, Karl (1944): *The Great Transformation*, Wien 1977.
- Pöhler, Willi (1978): Inzwischen flügte geworden, in: *Der Gewerkschafter* 7.
- (Hrsg.) (1979): ... damit die Arbeit menschlicher wird. Fünf Jahre Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens, Bonn-Bad Godesberg
- Pöhler, Willi, Peter, Gerd (1982): *Erfahrungen mit dem Humanisierungsprogramm*, Köln.
- Raskin, Paul (2002): *The Great Transition*, London.
- RKW (Hrsg.) (1970): *Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M.
- Santos, Boaventura de Sousa (2006): *The Rise of the Global Left*, London.
- Sauer, Dieter (2005): *Arbeit im Übergang*, Hamburg.
- (2007): „Humanisierung der Arbeit“ – eine aktuelle Perspektive? Neue Bedingungen von Arbeitspolitik, Referat auf einem Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 29.3.2007, Berlin.
- (2008): Von „humanisierter“ zu „guter“ Arbeit. Paradigmenwechsel in der Arbeitspolitik, in: Wagner, Hilde (Hrsg.) (2008).
- Scholz, Dieter u.a., (Hrsg.) (2004): *Arbeit in der neuen Zeit*. Münster
- (Hrsg.) (2006): *Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit*, Münster.
- Scholz, Dieter; Peter, Gerd (2008): Woher die Kraft zur Veränderung nehmen?, in: *Sozialismus* 11.
- Schröder, Lothar; Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2009): *Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften*, Frankfurt/M.
- Schumann, Michael (2003): *Metamorphosen von Industriearbeit und Arbeiterbewusstsein*, Hamburg.
- Spehr, Christoph u.a. (2003): *Gleicher als andere. Eine Grundlegung der freien Kooperation*, Berlin.
- Spitzley, Helmut (1985): Arbeit und Technik: Zur Diskussion von historischen Entwicklungen, aktuellen Tendenzen und Perspektiven der Arbeitswissenschaft, in: *Fricke/Krahn/Peter (1985)*.
- Schweres, Manfred (2008): 35 Jahre „Menschengerechte Gestaltung der Arbeit“ (MGdA) - Für eine neue Humanisierungsinitiative, in: *Zeitschrift für Arbeitswissenschaft* 3, 227-234.
- Ulich, Eberhard (1980): Bericht über die arbeits- und sozialpsychologische Begleitforschung, in: BMFT (Hrsg.): *Gruppenarbeit in der Motorenmontage*, Frankfurt/M., 97-142.
- (2005): *Arbeitspsychologie*, Zürich/Stuttgart (6. Auflage).
- Vilmar, Fritz (1971): *Mitbestimmung am Arbeitsplatz*, Neuwied/Berlin.
- (Hrsg.) (1973): *Menschenwürde im Betrieb*, Reinbek.
- Volkholz, Volker (1993): Für eine phantasieanstiftende Sozialwissenschaft, in: *Arbeit* 3.
- Wagner, Hilde (Hrsg.) (2008): *Arbeit und Leistung – gestern & heute*, Hamburg.
- Wolf, Frieder O. (1999): Das Wunder der Europäischen Linken dauert noch etwas länger, in: *PROKLA* 114, 29. Jg. Nr. 1, 117-143.
- Wolf, Frieder O. (2002): *Radikale Philosophie*, Münster.
- (2003a): Was tat Karl Marx in der Philosophie? in: Heinrichs, Thomas u.a., (Hrsg.), *Die Tätigkeit der Philosophen*, Münster.
- (2003b): Grenzen und Schwierigkeiten der freien Kooperation, in: *Spehr u.a. (2003)*, 212-225
- (2005): *Arbeitsglück. Untersuchungen zur Politik der Arbeit*, Münster.
- (2006): Der „Epochenbruch“ als historisches Periodisierungsproblem. Epochenmerkmale der jüngeren Vergangenheit, in: *Scholz u.a. (Hrsg.) (2006)*, 180-192.
- Wolf, Frieder O.; Paust-Lassen, Pia (2001): *Ökologie der Menschheit – Strategien der nachhaltigen Entwicklung als Transformationsaufgabe*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Zinn, Karl Georg (2006): *Wie Reichtum Armut schafft*, Köln.

Ulrich Brand

Schillernd und technokratisch Grüner New Deal als *magic bullet* in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus?*

Josef Moe Hierlmeier zum 50. Geburtstag in politischer
Verbundenheit und Freundschaft gewidmet.

Die Entwicklungsforscherin Jessica Vivian kritisierte vor einigen Jahren entwicklungspolitische Bestrebungen dafür, dass sie meist auf der Suche nach der *magic bullet*, einem Allheilmittel, seien. Die Suche nach dem einen richtigen Hebel zur Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt, so Vivian, sei eher hinderlich bei der Suche nach angemessenen Politiken.

Eine solche Suche scheint es derzeit auch zu geben angesichts der tiefgreifenden und multiplen Krise. Denn diese umfasst nicht nur die Finanzmärkte und den Bereich wirtschaftlicher Produktion und Konsumption, es handelt sich auch um eine Krise des Energiesystems, der Nahrungsmittelproduktion sowie der Reproduktion natürlicher Lebensgrundlagen durch den Klimawandel oder die Erosion biologischer Vielfalt. Hier setzt die Diskussion um einen Grünen New Deal an und das alleine ist verdienstvoll. Die jahrelange Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik wird scharf kritisiert und ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm gefordert (Bündnis 90/Die Grünen 2008, European Green Party 2008). Die Debatte wird seit 2007 von der Green New Deal Group der den Grünen nahestehenden New Economics Foundation vorangetrieben (Green New Deal Group 2008). Auf internationaler Ebene hat das Um-

weltprogramm der UNO (UNEP 2009) die Diskussion aufgenommen und auch in der Obama-Regierung scheint es Kräfte zu geben, die strategiefähig sind. Parteipolitisch wird das Konzept in Westeuropa von den Grünen vorangetrieben. Dennoch gibt es große Differenzen: Die New Economics Foundation ist eher keynesianisch ausgerichtet, während UNEP für eine Fortsetzung neoliberaler Politiken plädiert.

Der Begriff des *Grünen New Deal* (GND) ist auf eine problematische Art suggestiv (gegen politische Suggestion ist an sich nichts einzuwenden): Er verweist mit romantischem Unterton auf die Phase eines mehr oder weniger dynamischen und Verteilung ermöglichenden Kapitalismus. Er war und ist also ein Projekt, um das Wirtschaftswachstum wieder „anzukurbeln“. Es bleibt ausgeblendet, dass es sich dabei eben nicht nur um erfolgreiche staatliche Wirtschaftspolitik handelte, sondern dass diese eingebettet war in eine Kräftekonstellation mit relativ starken Gewerkschaften und in die weltpolitische Konstellation einer Systemalternative (wie immer man deren alternativen Charakter aus heutiger Sicht einschätzen mag). Das zwang die Eliten zu Zugeständnissen. Beides gibt es heute nicht, die Formen der Krisenregulierung werden bislang „von oben“ durchgesetzt (Steinert 2009, Brand 2009). Und: Der historische New Deal war ein imperiales, um eine weiße, männliche Mittelklasse und auf Naturausbeutung herum organisiertes Projekt.

* Für Hinweise danke ich Thomas König, Hendrik Sander, Maren Schlierkamp, Guido Speckmann, Markus Wissen und den MitdiskutantInnen beim Wiener politischen Salon.

Zunächst möchte ich an ein paar Sachverhalte erinnern, um die möglichen Wirkungen eines solchen Projektes einschätzen zu können. Denn, so meine These, mit der starken Ausrichtung des GND an ökologischer Modernisierung kommt es auch schnell an seine Grenzen. Es kann ein Startpunkt sein, doch diese Grenzen müssen reflektiert und politisch verschoben werden. Das geschieht derzeit nicht. Was sind also wichtige Rahmenbedingungen neben der bereits erwähnten neoliberalen Globalisierung? Das Projekt der kapitalistischen Moderne ist ein Projekt der Naturbeherrschung, das tief in die gesellschaftlichen Institutionen, Lebens- und Denkweisen eingelassen ist, das den Alltagsverstand genauso prägt wie die Wissenschaft und Technologieentwicklung. Dessen Probleme wurden erstmals in den 1970er Jahren von Intellektuellen, aufgeklärten Medien und Staatsbeamten sowie von sozialen Bewegungen breit politisiert. Es gab bereits vorher auf lokaler Ebene immer wieder Konflikte um die dominanten Formen der Naturaneignung, aber als international relevantes Problem wird erst seit den 1970er Jahren von einer „ökologischen Krise“ gesprochen. Die fällt nicht zufällig mit der Krise des Fordismus, also der Konstellation des Nachkriegskapitalismus zusammen, denn Kritik am „Fortschritt“, die damit einhergehende Zerstörung der Natur und die Wirtschaftskrise gingen Hand in Hand. Es handelte sich nicht um eine Krise objektiver Übernutzung oder gar um ein Problem der Überbevölkerung (obwohl die Metapher der „Bevölkerungsbombe“ von Paul Ehrlich stark war), sondern es war eine Krise der gesellschaftlichen Formen der Naturaneignung, der herrschenden politischen und ökonomischen Institutionen, der Vorstellungen von Fortschritt und einem guten Leben. Das ist für heute nicht unerheblich: Denn auch die aktuelle Wirtschaftskrise artikuliert sich mit der ökologischen und der Energiekrise und auch heute drückt sich in der „ökologischen Krise“ eine Krise (neoliberaler) Naturaneignung aus.

Es handelt sich trotz der Ungleichzeitigkeiten – die ökologische Krise ist auch eine des fossilistischen Industrialismus – um Krisen der neoliberalen und imperialen Globalisierung.

In den 1980er und 1990er Jahren war die dominante Form der Bearbeitung der ökologischen Krise jene der ökologischen Modernisierung: Technologische Innovationen, Effizienz-„Revolutionen“, der Aufbau einiger politischer Institutionen wie Umweltministerien oder auf internationaler Ebene die beiden Rio-Konventionen zu Klima und biologischer Vielfalt. Im Zuge des neoliberalen Zeitgeistes (der Markt soll es richten) setzten sich auch in der Umweltpolitik Marktinstrumente und die damit verbundenen Interessen durch: Emissionshandel in der Klimapolitik (vgl. den Beitrag von Achim Brunnengräber in diesem Heft und Brunnengräber et al. 2008), Agrar- und Pharmakonzerne gaben den Ton in der Biodiversitäts-Politik an (Görg 2003). Das anfangs schillernde Leitbild war jenes der „nachhaltigen Entwicklung“. Vieles wurde jedoch damit nicht infrage gestellt: Eben die Neoliberalisierung der Gesellschaft, die imperialen Nord-Süd-Verhältnisse, die Vorstellung, dass die bestehenden politischen Institutionen auch wirklich die Probleme lösen können. Eine Art technik- und steuerungsoptimistisches „globales Umweltmanagements“ (Görg/Brand 2002) setzte sich durch. Wenn nur die richtigen politischen Rahmenbedingungen und Anreize geschaffen werden, so die Annahme, dann lassen sich die Probleme lösen und ein sozial-ökologischer Umbau vorantreiben.

Grüner New Deal auf der Höhe der Zeit?

Eine der interessantesten Entwicklungen der letzten Jahre besteht darin, dass in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion der Steuerungsoptimismus nachhaltiger Entwicklung infrage gestellt wurde. Die „Implementierung“ effektiver Umweltpolitik funktioniert nicht (MEA 2005,

Park et al. 2008, Kütting/Lipschutz 2009). Im progressiven politischen Spektrum war das bereits länger betont worden und dahinter sollten wir nicht zurück: Der „Rio-Typus“ von Politik eines globalen Umweltmanagements ist nicht nur ineffektiv, sondern er dient der Aufrechterhaltung eines ungerechten, auf Naturzerstörung basierenden Entwicklungsmodells. Das wird immer deutlicher und entsprechend erleben wir nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern in vielen Bereichen und eben auch in der Umweltpolitik heftige Auseinandersetzungen um „postneoliberale“ Strategien (Brand/Sekler 2009; womit nicht das Ende des Neoliberalismus proklamiert wird). Es gibt umweltpolitische Strategien des neoliberalen „business-as-usual“, einer zunehmend gewaltförmigen Aneignung der Natur, in vielen Ländern des globalen Südens dominieren Strategien des „new developmentalism“ einer vom Staat forcierten Inwertsetzung der Natur für den Weltmarkt auf Teufel komm raus (über Erdöl, Erdgas, Agrartreibstoffe u.a.) oder emanzipatorische Strategien.

Die Strategie des Grünen New Deal ist Teil dieser „postneoliberalen“ Auseinandersetzungen. Hier wird vorgeschlagen, dass mit technologischen Innovationen, einem geeigneten Ordnungsrahmen und Umverteilungspolitik eine „grüne soziale Marktwirtschaft“ verwirklicht werden könnte. Der trügerische Technik- und Steuerungsoptimismus der Konzepte nachhaltiger Entwicklung wird neu verpackt: Die „Zivilgesellschaft“ wird in die Rolle des „Treibers und Wächters“ gebannt. Gestaltung kommt vom Staat und den politischen Parteien. Die eigentlichen Innovationen gehen vom „Markt“ aus, der eben nur den richtigen Ordnungsrahmen benötigt. Kein Gedanke wird daran verschwendet, dass es sich auch bei Markt und Staat nicht um neutrale Institutionen handelt – der Markt zur vermeintlich effektiven Allokation von Ressourcen, der Staat offenbar zur Schaffung verbindlicher Regeln und zur Lösung von Kollektivproblemen –,

sondern um soziale Herrschaftsverhältnisse. Das ist ja nicht nur die Erfahrung von Lohnabhängigen ohne gewerkschaftlichen Schutz auf flexibilisierten Arbeitsmärkten oder gegenüber den Gängelungen des Sozialstaats. Märkte sind herrschaftliche soziale Verhältnisse, die über klassenförmige, geschlechtsspezifische, ethnische, regionale wie internationale Ungleichheitsstrukturen die Lebenschancen von Menschen mitbestimmen. Es handelt sich um meist über Geld gesteuerte komplexe Mechanismen und Kräfteverhältnisse. Auch der Staat ist keineswegs neutral, sondern ein Terrain asymmetrischer sozialer Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Kräften sowie ein herrschaftliches Verhältnis, das zuvorderst die bestehenden kapitalistischen, rassistischen, patriarchalen und internationalen Verhältnisse absichert. Das zeigt sich insbesondere in der aktuellen Krise (Brand 2009).

Wie gesagt, hier sollen die Vorschläge für einen sozial-ökologischen Umbau nicht per se mit dem überheblichen Duktus kritisiert werden, es sei „eh alles Kapitalismus“ (so der Vorwurf von Giegold 2009 gegenüber kapitalismuskritischen Kräften). Vielmehr geht es darum, radikale Reformpolitik zu betreiben, wofür aber auch Institutionen und Machtverhältnisse verändert werden müssen. Hier bietet die aktuelle Krise Anknüpfungspunkte – trotz der Schwäche linker Kräfte (Scharenberg 2009, Steinert 2009) – und die dürfen nicht verschenkt werden. Man hat beim GND jedoch den Eindruck, dass die ökonomischen und politischen Eliten nicht verschreckt werden sollen. Dann droht der Ansatz aber ein liberales Modernisierungsprojekt zu sein, statt den sozial-ökologischen Umbau voranzutreiben, der sich natürlich mit den herrschenden Kräften anlegen muss. Es gibt im Projekt des GND progressive Elemente, die zu verpuffen drohen, da die kapitalistischen gesellschaftlichen Formen der Naturaneignung ausgeblendet bleiben. Das sah vor 20 Jahren noch anders aus. Auch damals gab es eine Diskussion um

einen Grünen New Deal in Teilen der Grünen und der Sozialdemokratie (Brüggen 1991). Doch im Unterschied zu heute waren die damaligen Vorschläge deutlich wachstumskritisch und sie versuchten, ein breites gesellschaftliches Bündnis zu schaffen. Mittels progressiver Arbeitszeitpolitik etwa sollten nicht nur die aufklärten Mittelschichten, sondern auch die Gewerkschaften, die Intellektuellen und die Landbevölkerung überzeugt werden.

Imperiale Lebensweise

Diese historischen Ansätze wie auch die politische Ökonomie der jüngsten neoliberal-imperialen Transformationsprozesse sowie der aktuellen Krisen spielen in den Vorschlägen zum GND keine Rolle. Letztere sind aber entscheidend, wenn die Spielräume für Veränderungen eingeschätzt werden sollen. Das grundlegende Merkmal der aktuellen Restrukturierungen ist, dass in der gesamten Gesellschaft die grundlegenden Orientierungen wie Wettbewerbs- und Effizienzorientierung im internationalen Konkurrenzkampf nicht in Frage gestellt werden. In gewisser Weise haben diese sich konsensual, das heißt im Sinne kollektiver Praxen, durchgesetzt, sind „Allgemeininteresse“ geworden. Ein wichtiger Aspekt neben der Macht transnationaler Unternehmen, ihrer Verbände und Think-Tanks sowie der zunehmend wettbewerbsstaatlichen Politik ist die Zustimmung zum postfordistisch-neoliberalen Gesellschaftsumbau und entsprechend die Verstetigung und Erneuerung dessen, was ich als *imperiale Lebensweise* bezeichne. Der Zugriff auf die Ressourcen und Arbeitsleistungen in anderen Ländern über den Weltmarkt wird zu einer Stabilitätsreserve in Zeiten, in denen innergesellschaftlich die Polarisierung zunimmt. Die von den Neoliberalen proklamierte „produktive Revolution“ stellt sich nicht nur über Flexibilisierung und die Ausdehnung der Arbeitszeit im Inneren her, sondern auch über einen intensiveren Zugriff auf den asymmetrischen Weltmarkt; beim Tausch von Gütern und

Dienstleistungen verschwinden scheinbar die realen ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen.

Der Begriff der imperialen Lebensweise ist nicht moralisch gemeint und intendiert nicht, Veränderungsmöglichkeiten nur auf der Konsumseite anzusetzen. Viele Konsumnormen, vor allem die hochtechnologischen, sind meist von den Menschen gewollt, doch sie hängen eng mit den Produktionsnormen zusammen, die herrschaftlich und vom Profit getrieben gesetzt werden. Die Produktionsnormen wiederum hängen an Arbeitsverhältnissen, die für immer mehr Menschen unattraktiv und unsicher sind und eher dem Überleben als dem Leben dienen. Hier könnte eine Diskussion um radikale Arbeitszeitverkürzung – die derzeit offenbar noch nicht einmal die Gewerkschaften führen wollen – die Diskussion öffnen.

Und dennoch scheint mir der Hinweis auf die tiefe Verankerung und Gewolltheit oder zumindest passive Hinnahme und Alternativlosigkeit der bestehenden Lebensweise ein Sachverhalt, der bei tiefgreifenden sozial-ökologischen Transformationen berücksichtigt werden muss. Insofern ist die imperiale Lebensweise auch ökonomisch funktional: Relativ bessere Lebenschancen in einem Land oder einer Region gegenüber anderen Ländern oder Regionen zu erhalten oder zu erreichen, wird zum zentralen Kriterium gesellschaftlicher Orientierungen (auch rassistische oder patriarchale Verhältnisse werden zunehmend damit verknüpft). Weit weniger geht es um die Lebenschancen einer Klasse oder sozialen Gruppe. Die tief verankerten Orientierungen der Effizienz und Konkurrenz(fähigkeit) werden auch in der aktuellen Krise nicht infrage gestellt. Die herrschenden oder gar hegemonialen (also auf Konsens basierenden) Praxen und Denkweisen sind nicht nur durch den (internationalisierten) Staat und Unternehmen abgesichert, sondern auch „zivilgesellschaftlich“. Das übergehen die Vorschläge für einen Grünen New Deal.

Nehmen wir das Beispiel der Nahrungsmittelkrise, die im Frühjahr 2008 durch

die hohen Preise Aufsehen erregte, wobei die Vermutung durchaus berechtigt schien, dass die hohen Preise auf Spekulationen basierten (Wahl 2009, Frank 2009 mit unterschiedlichen Einschätzungen). Das sich aus den Immobilienmärkten zurückziehende Kapital war auf der Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten. Es ist aber mehr: Billige und das ganze Jahr über verfügbare Lebensmittel sind das Kernelement der neoliberalen und imperialen Globalisierung der Landwirtschaft, die sich zwar teilweise in Öko-Nischen ausdifferenziert, insgesamt aber eher industrialisiert und technologieintensiver wird, unter der Kontrolle mächtiger Unternehmen steht, deren Macht politisch über Organisationen wie die WTO abgesichert ist. Die Nahrungsmittel sollen am Ende der Produktionskette zu Dumpingpreisen in den Supermärkten verkaufbar sein. Die direkten ProduzentInnen werden immer stärker davon abhängig.

Konflikte um grundlegende Alternativen

Ein Grüner New Deal müsste – um beim Beispiel der Nahrungsmittelproduktion zu bleiben – zunächst die bestehenden politischen Regulierungen und Technologien in den Blick und davon ausgehend bestehende Alternativen zur Kenntnis nehmen oder neue Alternativen formulieren. Es würde auch deutlich werden, dass es erst in zweiter Linie um einen staatlichen und internationalen Ordnungsrahmen geht (und zwar um einen grundlegend anderen als den bestehenden), sondern um sehr grundlegende Neu-Orientierungen. Diese werden vor allem von der globalen Bewegung für Ernährungssouveränität, organisiert etwa im Netzwerk von Via Campesina, vorgeschlagen und entwickelt. Hier handelt es sich nicht um romantische und rückwärtsgewandte Bewegungen, sondern um Akteure auf der Höhe der Zeit, die die „Agrarfrage“ vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen reformulieren, um den KleinbäuerInnen und den Gesellschaften

insgesamt ein Überleben zu sichern. Nicht der herrschende Produktivismus der globalisierten Landwirtschaft löst die Probleme, sondern die praktische Kritik daran (McMichael 2008, Eberhard 2008).

Ralf Fücks argumentiert prominent, dass es zu einem GND keine Alternative gebe, um das ökologische Desaster abzuwenden (2009, vgl. auch Giegold 2009). Das kennen wir: *There is no alternative* wurde uns von neoliberaler Seite dreißig Jahre lang erzählt. Sollen wir darauf nun wieder hineinfallen unter dem angeblichen Druck von Krisen und Gefahren (bei den Neoliberalen waren und sind es Effizienz und Weltmarktfähigkeit) uns hinter einem Projekt versammeln, das sehr technokratisch und staatstragend daherkommt?

Die strukturierende Kraft der gegenwärtigen Krisenpolitiken geht von der Suche des Kapitals nach produktiven Anlagemöglichkeiten bzw. von Politiken einer kontrollierten Kapitalentwertung aus. Der Konsens der wirtschaftlichen und politischen Eliten besteht darin, dass ihre während der neoliberalen Phase gestärkte Machtposition nicht infrage gestellt werden darf. Wenn der GND so ausbuchstabiert wird wie derzeit, dann trägt er zur Aufrechterhaltung bestehender, auf Spaltung und Ungerechtigkeit basierender Machtverhältnisse bei und setzt den autoritären Tendenzen nichts entgegen (Passadakis/Müller 2009). Diese Konstellation gilt es bei der Suche nach Alternativen zu berücksichtigen. Mit einer Regulierung der (internationalen wie nationalen) Finanzmärkte und einer Rettung der „eigenen“ Industrie – in der Hoffnung, nach der Krise gestärkt dazustehen – ist es nicht getan.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Wir benötigen dringend Strategien und umfassende Projekte für eine tiefgreifende Gesellschaftstransformation. Dafür sind Vorschläge für eine andere Bildungs-, Infrastruktur- und Wissenschaftspolitik wie auch die strikte Regulierung der Finanzmärkte notwendig (Bündnis90/Die Grünen 2008). Doch

diese konkreten Vorschläge müssen die komplexen herrschaftlichen sozialen und sozial-ökologischen Verhältnisse in den Blick nehmen und verändern. Der Grüne New Deal ist bislang eine Versöhnungsformel, da er grundlegende Änderungen postuliert, ohne die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse angreifen zu wollen und ohne die imperiale Lebensweise infrage zu stellen. Es sollen vielmehr Akkumulations- und Konsenspotenziale erschlossen werden (Candeias/Kuhn 2008, allgemeiner Brand/Görg 2008).

Staats- und Technikoptimismus reichen nicht aus. Viel stärker sollte auf die vielen Erfahrungen rekurriert werden, die es gibt. Vor allem aber sollte weniger konfliktscheu in der Debatte deutlich gemacht werden, wer eigentlich von den aktuellen Verhältnissen profitiert. Das sind vor allem die politischen und ökonomischen Eliten, aber auch große Teile der globalen Mittelschicht (und dazu gehören hierzulande sehr viele). Die muss mit guten Beispielen, möglichen Lernprozessen und Alternativen (z.B. massivem Ausbau des öffentlichen Verkehrs), mit Regeln und Verboten überzeugt werden. Ansonsten bleibt der Grüne New Deal das imperiale Modell einer vermeintlich aufgeklärten nordwestlichen Mittelklasse – auch wenn innergesellschaftlich und in EU-Europa die Verteilungsfrage und entwicklungspolitische Fragen aufgegriffen werden (vgl. European Green Party 2008, deren Position breiter und fortschrittlicher ist als die der deutschen Bündnis90/Die Grünen).

Eine Chance kritischer Diskussion besteht darin, Nord-Süd-Fragen wieder in den Blick zu bekommen. Arme Bevölkerungsgruppen leiden am stärksten unter ökologischer Degradation. Viele aktuelle Auseinandersetzungen in Gesellschaften des globalen Südens gehen um den Zugang zu Ressourcen und die Kontrolle über sie und das könnte hierzulande aufgenommen und unterstützt werden. Es ist ja ein Unterschied, ob hohe Öl- und Gaspreise einer schmalen Elite zugute kommen oder breiten Bevölkerungs-

schichten und ob es nur um den Verkauf der Ressourcen geht oder auch um einen Umbau der Ressourcenbasis (wie etwa in der neuen Verfassung Ecuadors festgeschrieben).

Unklar ist derzeit noch, inwieweit die Krise politischer Repräsentation – völlig vernachlässigt in den aktuellen Diskussionen – progressiv genutzt werden kann. Dass mit den bestehenden politischen Institutionen die vielfältige Krise bearbeitet werden kann, entspricht eher dem Selbstbild der Eliten als den Erfahrungen und dem Alltagsverständnis der Menschen. Bislang scheinen in Europa eher die rechten politischen Kräfte davon zu profitieren, was auch damit zusammenhängt, dass es im progressiven Spektrum kaum zu einer Staats- und Institutionskritik kommt (Brand 2009).

Die Diskussion um einen Grünen New Deal sollte weiter geführt werden, aber auf deutlich staats- und herrschaftskritischeren Grundlagen und jene (durchaus ambivalenten) Erfahrungen berücksichtigend, die in den letzten Jahren im Kontext der globalisierungskritischen Bewegungen gemacht wurden. Insofern wäre der technokratischen GND-Variante eine emanzipatorische gegenüber zu stellen, bei der die demokratische Gestaltung der Naturverhältnisse im Zentrum steht. Der Begriff der notwendigen und herrschaftlich aufgezwungenen „transnationalen sozial-ökologischen Kontroversen“ (Conca 2008) könnte zusammen mit dem Begriff der „ökologischen Gerechtigkeit“ (Kaiser/Wullweber 2007, aus feministischer Perspektive Salleh 2009) orientierend wirken. Dann geht es um Fragen des Eigentums und der Wachstumskritik, um emanzipatorische Formen der Produktion und gesellschaftlicher Arbeitsteilung, um die Zurückdrängung der Konkurrenzverhältnisse und andere gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, um die Berücksichtigung mannigfaltiger Erfahrungen, notwendige sozial-ökologischen Konflikte um (Umwelt-)Gerechtigkeit hinsichtlich ganz anderer gesellschaftlicher Formen der Naturaneignung.

Literatur

- Brand, Ulrich (2009): Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 54(4), 93-101.
- Brand, Ulrich; Görg, Christoph (2008): Sustainability and Globalisation: A Theoretical Perspective. In: *Park/Conca/Finger (2008)*, 13-33.
- Brand, Ulrich; Selker, Nicola (Hg., 2009): Postneoliberalism. A beginning debate. *Development Dialogue* Nr. 51 der Dag-Hammarskjöld-Stiftung, Uppsala.
- Brüggen, Willi (1991): *Grüner New Deal*. In: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Band 5. Hamburg: Argument.
- Bündnis 90/Die Grünen (2008): *Die Krise bewältigen – für einen grünen New Deal*. (Vorläufiger) Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz vom 14.-16. November in Erfurt.
- Brunnengräber, Achim; Dietz, Kristina; Hirschl, Bernd; Walk, Heike; Weber, Melanie (2008): *Das Klima neu denken. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die lokale, nationale und internationale Klimapolitik*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Candeias, Mario; Kuhn, Armin (2008): *Grüner New Deal – kapitalistischer Weg aus der Krise?* In: *Das Argument* 279, 805-812.
- Conca, Ken (2008): Rethinking authority, territory, and knowledge: transnational socio-ecological controversies and global environmental governance. In: *Park/Conca/Finger (2008)*, 193-207.
- Eberhardt, Pia (2008): Nahrungsmittelkrise: Zwischen Technikgläubigkeit und Ernährungssouveränität. In: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung* 76, 51-61.
- European Green Party (2008): *Eine Vision für ein soziales Europa. Das sozialpolitische Papier der European Green Party*, Paris.
- Frank, Stefan (2009): Gerissene Spekulanten, arglose Bauern? Über Terminbörsen für Agrarrohstoffe zirkulieren einige Mythen. In: *iz3w* 310, 32-34.
- Fücks, Ralf (2009): Die ökologische Transformation des Kapitalismus. In: Brenner, Robert; Dahn, Daniela u.a.: *Kapitalismus am Ende? Attac: Analysen und Alternativen*, Hamburg, 64-69.
- Giegold, Sven (2009): Ökologisierung des Kapitalismus. In: *Sand im Getriebe* 75 (www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/)
- Görg, Christoph (2003): *Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Görg, Christoph; Brand, Ulrich (Hg.) (2002): *Mythen globalen Umweltmanagements. Rio plus 10 und die Sackgassen „nachhaltiger Entwicklung“*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Green New Deal Group (2008): *A Green New Deal. Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices*. Summary. New Economics Foundation. (www.neweconomics.org/gen/uploads/2ajogu45c1id4w55tofmpy5520072008172656.pdf)
- Kaiser, Gregor; Wullweber, Joscha (2007): *Ökologische Gerechtigkeit*. In: Brand, Ulrich; Lösch, Bettina; Thimmel, Stefan (Hg.): *ABC der Alternativen*. Hamburg: VSA, 146-147.
- Kütting, Gabriela; Lipschutz, Ronnie D. (Hg.) (2009): *Environmental governance. Power and knowledge in a local-global world*. Abingdon/New York: Routledge.
- MA (2005): *Millennium Ecosystem Assessment Synthesis Report*. Washington D.C.: Island Press.
- McMichael, Philip (2008): Agro-fuels, food security and the metabolic rift. In: *Kurswechsel* Heft 3, 14-22.
- Park, Jacob; Conca, Ken; Finger, Mathias (Hg.) (2008): *The Crisis of Global Environmental Governance. Towards a new political economy of sustainability*. Abingdon/New York: Routledge.
- Passadakis, Alexis; Müller, Tadzio (2009): Klimaschutz durch Wirtschaftswachstum? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 54(4), 33-35.
- Salleh, Ariel (Hg.) (2009): *Eco-sufficiency and global justice. Women write political ecology*. London/Melbourne: Pluto/Spinifex.
- Scharenberg, Albert (2009): Die Lähmung der Linken. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 54(4), 5-9.
- Steinert, Heinz (2009): „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ – und wie wollen wir verhindern, dass doch? In: www.links-netz.de
- Wahl, Peter (2009): *Food Speculation. The Main Factor of the Price Bubble 2008*. Briefing Paper, WEED, Berlin.
- UNEP (2009): *A Global Green New Deal. Executive Summary*. 1-21. Nairobi. (www.unep.org/greeneconomy/docs/ggnd_Final%20Report.pdf).